

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Missbraucht der Innenminister die Polizei für politische Zwecke? (Teil 2)**

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 11.03.2019

Am 7. März 2019 hat die Fraktion der Freien Demokraten des Niedersächsischen Landtages an der B 6 in Laatzen eine Plakataktion gegen die Section-Control-Anlage durchgeführt, zu der am 5. März 2019 per E-Mail eingeladen wurde. Zu diesem Zwecke wurde am Mittwoch, den 6. März 2019, eine Plakatwand mit dem Einverständnis des Grundstückseigentümers auf einem Acker am Rande der B 6 aufgestellt (*Neue Presse*, 7. März 2019, <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Torpediert-das-Innenministerium-FDP-Protest-gegen-Streckenradar>).

Am Abend des 6. März 2019 wurde der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSTBV) ein Plakat von der Polizei gemeldet, das nicht den vorgeschriebenen Abstand zur Straße habe. Das Plakat wurde dann auf Anweisung der Polizei durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr „umgelegt“, um es am Vormittag des 7. März 2019 vor der Plakataktion, die auf 10 Uhr terminiert war, abzutransportieren. Am 7. März 2019 wurde das Plakat seitens der FDP-Fraktion des Niedersächsischen Landtages nach Rücksprache mit Mitarbeitern der Straßenbaubehörde vor Ort umgestellt und so ein Abtransport verhindert (*Neue Presse*, 7. März 2019, <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Torpediert-das-Innenministerium-FDP-Protest-gegen-Streckenradar>).

Die *Neue Presse* berichtet am Abend des 7. März 2019 weiter, dass das Innenministerium eine Beteiligung des Ministeriums und der Polizei bestreite und die originäre Zuständigkeit bei der Straßenverkehrsbehörde und nicht bei der Polizei liege.

Am 7. März 2019 veröffentlichte die SPD-Landtagsfraktion ein Statement ihres innenpolitischen Sprechers, Ulrich Watermann. „Merkwürdig mutet im Zusammenhang mit dem FDP-Plakat ein Statement des Parteifreundes von Minister Boris Pistorius und des innenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Watermann, an. Darin ist die Rede von einer ‚fulminant gescheiterten Plakataktion gegen, Section Control‘ (...) auf Kosten der Verkehrssicherheit‘. Der Aufsteller stand zu dem Zeitpunkt allerdings fest auf dem Acker in Gleidingen - nur eben 40 m neben der Straße. Zehn Minuten nach Veröffentlichung wurde das Watermann-Zitat dann von der SPD-Pressestelle auch zurückgerufen“ (*Neue Presse*, 7. März 2019, <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Torpediert-das-Innenministerium-FDP-Protest-gegen-Streckenradar>).

In der E-Mail der SPD-Fraktion, in der um Nichtbeachtung des Statements von Herrn Watermann gebeten wird, ist die Rede von einer Falschinformation, die die SPD-Fraktion erhalten habe. „Sehr geehrte Damen und Herren, wir bitten um Nichtbeachtung unserer Pressemitteilung Nr. 18/334. Wir haben bedauerlicherweise eine Falschinformation hierzu erhalten. Für die Unannehmlichkeiten entschuldigen wir uns und verbleiben“ (SPD-Fraktion, Rückruf Pressemitteilung Nr. 18/334 Statement des innenpolitischen Sprechers Ulrich Watermann zur gescheiterten Plakataktion der FDP gegen Section Control, 7. März 2019, 14.14 Uhr).

1. Welche Personen (gemeint sind nur Mitarbeiter oberster Landesbehörden und Behördenleiter) und Behörden wurden über die Meldung der Polizei an die NLSTBV und den erfolgten Abbau wann von wem informiert?
2. Wie viele Meldungen über zu nah an der Straße stehende bzw. falsch aufgebaute Plakate wurden seitens der Polizei an die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr im Jahr 2018 gemacht?

(Falls die IT der Polizei eine derartige Abfrage nicht zulässt, bitte eine Einschätzung, ob solche Meldungen

- a) regelmäßig,
- b) häufig,
- c) selten oder
- d) nicht erinnerlich

sind. Im Fall a bis c bitte drei Beispiele nennen).

3. Wurde seitens des Innenministeriums und/oder einer nachgeordneten Behörde eine Information über diesen Vorgang an die SPD-Landtagsfraktion gegeben? Wenn ja, wann und durch wen an wen?